

Ausbildung von Imamen in Deutschland

Kommentierter Tagungsbericht zur Expertentagung der Eugen-Biser-Stiftung in der Evangelischen Akademie Tutzing

23. bis 24. November 2009

*Ayşe Başol**

Das Gemeinsame zwischen einem Schweizer Messer und einem Imam besteht in der Erwartungshaltung, dass beide multifunktional zu sein haben. Für das Schweizer Messer ist das seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit. Für die Imame in Deutschland hat es sich spätestens auf der Expertentagung der Eugen-Biser-Stiftung ergeben. Am 23. und 24. November 2009 fand diese in den behaglichen Räumlichkeiten der Evangelischen Akademie Tutzing statt – unmittelbar am Starnberger See – an einem der schönsten Orte Deutschlands.

Um die Weichen für dieses – nicht nur für das Land Bayern – bereits anstehende und äußerst wichtige Thema zu stellen, lud die Stiftung zahlreiche Experten sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland ein. Diese sollten die Thematik aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchten. Im Folgenden wird über das Wesentliche berichtet.

Helmut Wiesmann vom Sekretariat der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz machte deutlich, dass die Katholische Kirche – wie die Lehrerausbildung für den konfessionellen islamischen Religionsunterricht – die Aus- und Fortbildung von Imamen befürworte. Er thematisierte außerdem das Kooperationsverhältnis, welches der weltanschaulich zur Neutralität verpflichtete Staat mit den Religionsgemeinschaften einzugehen habe. Seine Position war diejenige, dass Muslime zunächst als eine Religionsgemeinschaft anerkannt werden müssten, um Imame (und Lehrer etc.) an staatlichen Hochschulen ausbilden zu können, was auch berechtigt ist.

Damit wären wir mitten drin im Thema. Die Anträge der Muslime um die Anerkennung des Status einer Religionsgemeinschaft sind bundesweit bescheiden geblieben. Dabei ist das Thema schon über 20 Jahre alt. Bisher gibt es – außer dem Islamischen Forum Berlin, das unter anderen verfassungsrechtlichen Bedingungen entstanden ist – keine sunnitisch-muslimische Gemeinschaft, die diesen Status zugesprochen bekommen hat. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen (wie die Vorbereitungen, die in einigen Bundesländern zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts laufen) wäre eigentlich von den organisierten Muslimen zu erwarten, dass Anträge gestellt bzw. Verfahren zielstrebig durchlaufen werden müssten. Doch dies ist auch gegenwärtig nicht der Fall. Dabei stellen die Bedingungen, um als eine Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden, rechtlich gesehen kein allzu großes Hindernis mehr dar. Islamische Vereine und Verbände erfüllen sie derzeit sogar teilweise. Im Zwischen-Resümee der Deutschen Islam Konferenz (DIK) wurden im März 2008 von Heinrich de Wall die Merkmale einer Religionsgemeinschaft herausgearbeitet (s. Homepage DIK). Auch wenn in Bezug auf den islamischen Religionsunterricht viele miteinander zusammenhängende Fragen noch offen sind, gibt es zumindest einen Punkt, mit dem angefangen werden könnte.

Die Unterstützungen und Befürwortungen der beiden großen Kirchen sind für Muslime unabdingbar: in der Moscheebau-Debatte, der Einführung des islamischen Religionsunterrichts und auch in der Aus- und Fortbildung von Imamen gleichermaßen. Ihr (Stellen-)Wert ist auch vielen Musli-

* Dr. Ayşe Başol ist Islamwissenschaftlerin. Sie arbeitet bei der Eugen-Biser-Stiftung als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Projekt zur Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs, bei dem es um die Herstellung eines „Christlich-Islamischen Begriffslexikons“ geht.

men bewusst. Doch die Befürwortungen der Kirchen führen angesichts der geschilderten Sachlage, die ihnen nicht fremd ist, nicht weiter. An diesem Punkt müssten Muslime mehr Initiative zeigen.

Dr. Rainer Oechslen von der Evangelischen Landeskirche in Bayern konzentrierte sich in seinem Vortrag weitestgehend auf den historischen Werdegang der Pfarrer- und (ab dem 20. Jhd. auch) Pfarrerinnenausbildung. Für diese sind nach wie vor ein Theologiestudium, ein akademisches Examen und ausgesprochen gute Sprachkenntnisse insbesondere in Latein, aber auch in Griechisch und Hebräisch notwendig. Auf die Imamausbildung könnte das – wenn das bereits diskutierte Thema erst einmal überwunden ist – mit entsprechenden Modifizierungen übertragen werden. Auf die im Titel angekündigten *Evangelischen Gedanken zur künftigen Imamausbildung in Deutschland* ist er insofern eingegangen, als er die Aufgaben einer Pfarrerin / eines Pfarrers primär in der Verkündigung und Hermeneutik, in der (seelsorgerischen) Hilfe wie auch in der Spiritualität sah bzw. in den Raum stellte. Inwiefern diese Aufgaben auf eine Imamausbildung übertragen werden könnten, betrifft Fragen, die erst in den Vorbereitungen zur Einrichtung einer Islamisch-Theologischen Fakultät von Relevanz sein werden. Gerade in dieser Hinsicht können Muslime von den Erfahrungen beider Großkirchen profitieren.

Richtig spannend und zukunftsweisend für die Konstitution eines nachhaltigen Modells für die Aus- und Fortbildung von Imamen war der Vortrag von Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka. Er hat in seinem Vortrag das nach dem Reformrabbiner und jüdischen Gelehrten Abraham Geiger (1810-1874) benannte Institut vorgestellt. Es handelt sich hierbei um ein Rabbinerseminar, das ein ‚An-Institut‘ der Universität Potsdam ist. Die dort ausgebildeten Rabbinerinnen und Rabbiner werden nach ihrem Abschluss ordiniert und in den jüdischen Gemeinden in Zentral- und Osteuropa eingesetzt. Das Institut konzentriert sich mit seiner Einrichtung *The Jewish Institute of Cantoral Arts* im Wesentlichen auf die Bedürfnisse der in Europa lebenden und dort beheimateten Gemeinden.

Die Vorstellung, in einer universitären Einrichtung ein islamisches Theologiestudium anbieten zu können, das so konzipiert wäre, dass der sunnitische und / oder schiitische Islam bei Bedarf mit seinen unterschiedlichen Ausrichtungen gelehrt und erlernt werden könnte, ist äußerst attraktiv. Wenn z.B. nach dem Grundstudium oder einem dreijährigen Bachelor-Studiengang aus einem breiten Angebot für berufliche Qualifizierungen gewählt werden könnte, wäre dies natürlich optimal. Würde es außerdem gelingen, das ganze Programm aus öffentlichen und privaten Mitteln zu finanzieren, so wäre dies doch ein riesiger zukunftsweisender Schritt. Stellt man sich zudem vor, dass an dieser Einrichtung muslimische Abiturientinnen und Abiturienten aus der EU studieren und dann für die in Europa lebenden Muslime als ausgebildetes Personal zur Verfügung gestellt werden könnten... Ob das nur Zukunftsmusik ist und inwieweit die Zeichen der Zeit erkannt worden sind, wird sich zeigen. Fest steht jedoch, dass am Abraham Geiger Kolleg für die Muslime ein Modell angeboten wird, über das ernsthaft nachgedacht werden sollte.

Der von der Theologischen Fakultät der Universität Ankara eingeladene Prof. Dr. Şaban Ali Düzgün vertrat die Ansicht, dass muslimische Gruppen, die Autorität für sich beanspruchten, den Islam in Deutschland zu lehren, sich nicht ausreichend mit der vielfältigen Materie des islamischen Gedankenguts auseinandergesetzt hätten. Sie würden sich mehr auf die eigene politische und gängige Sichtweise konzentrieren. An dieser These ist zwar etwas dran, doch ist eine persönlich vertretene politische Sichtweise nichts, worunter alle islamischen Gruppen in Deutschland pauschal einzuordnen wären. Es gibt mystische, traditionell-konservative u.a. Richtungen. Recht hat er aber womöglich in der Angelegenheit der Auseinandersetzung mit dem islamischen Gedankengut in seiner religiösen, philosophischen und / oder mystischen Vielfalt. Allerdings würde sich die Frage des Lehrinhalts für eine muslimische Gruppierung nicht stellen, wenn sie als eine Religionsgemeinschaft anerkannt sein würde, denn dann verfügte sie über das Selbstbestimmungsrecht ihrer Inhalte.

Interessant wäre es gewesen, von Prof. Düzgün mehr über das laufende Projekt *International Theology Services and Prevalent Religious Education* der Theologischen Fakultät der Universität Ankara zu erfahren. Es studieren dort seit einigen Jahren junge Musliminnen und Muslime, die in Deutschland bzw. Europa ihr Abitur gemacht haben. Auch an der Theologischen Fakultät der

Marmara Universität in Istanbul hat das Programm begonnen. Doch dieser Sachverhalt fand nur am Rande Erwähnung.

Prof. Dr. Peter Graf referierte über die Notwendigkeit einer Kooperation zwischen Religionsgemeinschaften und Staat. Dabei vertrat er die Hauptthese, dass Imame in Kooperation ausgebildet werden sollen, wobei er die Kernbereiche einer solchen Ausbildung den Muslimen überlassen wissen will. Seiner Ansicht nach sollen Imame dann im öffentlichen Dienst arbeiten. Durch den interreligiösen Dialog sieht er für beide Seiten eine Gelegenheit, sich im eigenen Glauben inhaltlich vertiefen und im Spiegel des anderen finden zu können. In diesem Vortrag wurde die Diskrepanz zwischen dem Ist- und Sollzustand noch einmal ganz deutlich. Da die Realität derzeit in Deutschland flächendeckend ganz anders aussieht, bleibt die Äußerung ein Stück weit in der Luft hängen, dass „islamische Religionsgemeinschaften“ ihre Imame an „Universitäten“ selbst ausbilden, um sie als „Beamte des öffentlichen Dienstes“ für die Gemeinden einzusetzen, wodurch sich diese dann im „interreligiösen Dialog“ so engagieren könnten, dass dies zur „Vertiefung im eigenen Glauben und Selbstfindung“ führe.

Das Thema *Imamausbildung* wurde am Abend nicht mehr fortgesetzt. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes trug der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, beherzt die Errungenschaften und Bedeutung der Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland vor. Martin Neumeyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, fasste im Wesentlichen das zusammen, was der Minister zuvor dargelegt hatte.

Am darauffolgenden Tag ließen die beiden Vorträge von Prof. Dr. Bülent Ucar und Prof. Dr. Rauf Ceylan (Universität Osnabrück) Pläne der Imamaus- bzw. Fortbildung Niedersachsens konkreter werden. Prof. Ceylan machte darauf aufmerksam, dass Imame in Deutschland keine homogene Gruppe bilden würden. Sie hätten weder den gleichen Bildungsstand oder Aufenthaltsstatus noch bezögen sie dieselben Gehälter. Zudem hätten sich Moscheen, die ursprünglich in sozialen Segregationsgebieten entstanden seien, heutzutage mehr zu multifunktionalen Zentren entwickelt. Daher erwarteten Imame nun Aufgaben, die sie in ihren Heimatländern als solche nicht kennen würden und auf die sie nicht vorbereitet seien. Das Programm der Universität Osnabrück ziele aus diesen Gründen darauf ab, bereits als Imame arbeitende Personen durch ein Fort- bzw. Weiterbildungsprogramm auf die hiesigen Gegebenheiten vorzubereiten.

An dieser Stelle übernahm Prof. Ucar das Wort und erklärte, dass die Universität Osnabrück dieses Programm in Zusammenarbeit mit den Ministerien und den in Niedersachsen befindlichen islamischen Vereinen gestaltet. Das zeigt den politischen Willen des Landes. Laut Ucar ist eine ordentliche Imamausbildung ab 2012 geplant, was auch die Etablierung einer Islamisch-Theologischen Fakultät voraussetzt. Demnach scheint sich zumindest Niedersachsen entschlossen zu haben, die Imame im eigenen Land selber ausbilden zu wollen. Wie die Frage, eine „Religionsgemeinschaft“ sein zu müssen, dort geklärt werden wird, bleibt abzuwarten.

Prof. Dr. Heinrich de Wall stellte hingegen erneut unmissverständlich fest, dass der Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht gegeben sein müsse, um als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden. In der Frage der Religionsgemeinschaft handle es sich im Wesentlichen um die Außenvertretung, die für den Staat als Ansprechpartner unabdingbar sei. Demnach könnten auch Dachverbände, wenn sie den Aufgaben einer Religionsgemeinschaft nachgehen und dies nachweisen können, auf Dachverbandsebene – zumindest rechtlich gesehen – als Religionsgemeinschaft anerkannt werden. Wie Prof. de Wall am Beispiel der Dänischen Kirche in Südschleswig, die als evangelisch-lutherische Kirche Mitglied der Dänischen Kirche im Ausland ist, zeigte, wäre es aus dem Selbstverständnis der Religion heraus selbst „theoretisch“ denkbar, dass z.B. DITIB trotz der Gebundenheit an die türkische Religionsbehörde Diyanet als Ansprechpartner für den deutschen Staat gelten könnte. Diesem Gedanken wurde in der Diskussion entgegengehalten, dass die Voraussetzungen der Dänischen Kirche mit denen von DITIB nicht zu vergleichen seien. De Walls Vergleich begegnete auch Prof. Dr. Mathias Rohe (Universität Erlangen-Nürnberg) ebenfalls mit großer Skepsis und vertrat gegenüber DITIB eine relativ kritische Stellung. Dennoch ist es interessant zu sehen,

welche Vergleichsmöglichkeiten es in rechtlicher Hinsicht gibt. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation, welche die Problematik der Religionsgemeinschaft betrifft, regte Prof. de Wall an, über die Gründung einer Hochschuleinrichtung in privater Trägerschaft mit staatlicher Mitfinanzierung nachzudenken, die an eine Universität angegliedert ist und später eventuell gänzlich in staatliche Trägerschaft überführt werden könnte.

Die Statements, sofern ihre Vertreter anwesend waren, konzentrierten sich an diesem Tag weniger auf die zuvor gehaltenen Vorträge, sondern bezogen sich mehr auf die persönlichen Situationen der Redner. So erörterte Herr Pürlü vom VIKZ, wie der Verband seit den 1980er Jahren die eigenen Imame, Predigerinnen und Prediger den Erwartungen und Bedürfnissen der eigenen Gemeinde entsprechend selbst ausbildet. Dr. Köhler machte dagegen auf die größeren Zusammenhänge aufmerksam, nämlich dass die Imamausbildung auch Bestandteil deutscher Kultur und es daher eine kulturpolitische Aufgabe sei, Imame in Deutschland auszubilden. Die Imamausbildung jedoch sei im Koordinationsrat der Muslime noch kein Thema gewesen. Herr Karahan (IGMG) gab in seinem Statement deutlich zu verstehen, dass eine Imamausbildung ohne Rücksichtnahme auf die Erwartungen der Gemeinden nicht realisierbar sei. Diese Stellungnahmen zeigen die Spannungsverhältnisse, die bezüglich der Initiative einer Imamausbildung derzeit noch bestehen. Sie implizieren deutlich, dass DITIB, VIKZ, Islam-, Zentral- wie auch der Koordinierungsrat hinsichtlich der Imamaus- und Fortbildung an sich noch relativ unvorbereitet sind.

Was von einem Imam alles erwartet wird, zeichnete Dr. Michael Kiefer (Universität Erfurt) in seinem Vortrag noch einmal ganz präzise nach. Wie das eingangs bereits erwähnte Schweizer Messer hat ein multifunktionaler Imam im Bereich der Religion seiner eigentlichen Tätigkeit als Vorbeter für das rituelle Gebet nachzugehen, die Freitagspredigt zu halten und das Freitagsgebet zu leiten. Darüber hinaus dient er als Seelsorger und Lehrkraft für die islamische Gemeinde jeder Altersschicht. Im Bereich der Politik soll er als Dialogpartner und Extremismusbeauftragter zur Verfügung stehen, und im sozialen Bereich sind den Erwartungen kaum Grenzen gesetzt: Hier fungiert er als Eheberater, Erziehungshelfer, Streitschlichter und Integrationslotse – um nur einige von den Mammutaufgaben zu nennen. Die am Ende gestellte Frage, ob von einem Imam denn all dies erwartet werden könnte, beantwortete Kiefer mit einem klaren Nein und betonte, dass man sich davor hüten solle, die Bedeutung eines Imams insgesamt zu überhöhen.

Dass die derzeitigen Imame diesem Bild des Super-Imams nicht genüge tun können und brauchen, steht außer Frage. Dennoch bietet es sich gerade an dieser Stelle an, zumindest ansatzweise darüber zu reflektieren, was denn zukünftig von einem Imam letztendlich alles erwartet werden darf, wenn er mit einem deutschen Abitur in der Tasche und nach dem Studium der Islamischen Theologie mit einer zusätzlichen Fachausbildung zum Imam ausgebildet wurde. Das Wichtigste wird wohl sein, dass er vor allem zunächst in der Gemeinde ankommen muss, um von ihr anerkannt, respektiert und gehört zu werden. Es muss darüber hinaus in Betracht gezogen werden, dass ein Imam nach seiner Ausbildung in einer sogenannten „Hinterhofmoschee“ arbeiten wird, denn viele repräsentative Moscheen gibt es ja noch nicht. Zuletzt müssten auch die Gehälter an europäische Standards angepasst werden, damit sich schließlich die Mühe und Arbeit, die mit diesem (undankbaren) Beruf in Verbindung stehen, auch auszahlen.

Prof. Dr. Rohe wurde in seiner Rede ebenso konkret, was die gegenwärtigen Realitäten einer Lehrerinnen- und Lehrerausbildung für den islamischen Religionsunterricht wie auch die Imamausbildung eigentlich betrifft. Denn die hier angestrebte Form eines solchen Unterfangens basiert für den erstgenannten Beruf am Ende auf der freiwilligen Entscheidung und dem Selbstbestimmungsrecht der Eltern. Welches Kind soll von welchem Lehrer welche konfessionelle Richtung des islamischen Religionsunterrichts gelehrt bekommen? Auch die zentrale Rolle, die einem Imam nach einem hiesigen Studium zukommen wird, stellt eine neue Situation dar, an die sich nicht nur Imame, sondern auch die Gemeinden gewöhnen müssen. Abschließend konzentrierte sich Rohe ganz eindringlich auf die Finanzierungsfrage des Ganzen, die von deutscher Seite bisher nicht ernsthaft angegangen wurde, und er forderte dazu auf, diesbezüglich endlich mehr Kreativität zu zeigen.

In der Abschlussdiskussion wurde noch einmal hervorgehoben, dass Deutschland hinsichtlich der diskutierten Themen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern die besseren Voraussetzungen habe und als Vorbild fungieren könne. Doch es muss noch herausgefunden werden, ob das System des Staatskirchenrechtes für den Islam geeignet ist. Diese Frage ist im Prozess der Weiterentwicklung gerade eine wesentliche der zu bewältigenden Herausforderungen, wenn nicht gerade die wichtigste. Denn letztendlich geht es in dieser Frage ja auch um die Etablierung bzw. den Abbau von Machtstrukturen, Privilegien, Ressourcen etc. Diese Expertentagung zur Imamausbildung zeigte noch einmal, wie notwendig es ist, über Fragen, die den Islam in Deutschland betreffen, zu diskutieren. Die Präsentationen und Stellungnahmen der Referenten offerierten zahlreiche Blickwinkel, die zeigten, wie mit dem Thema (im jeweils eigenen Land) umgegangen wurde und wird.

Die Einrichtung von islamisch-theologischen Fakultäten. Akteure, Erwartungen und Perspektiven

Tagungsbericht zur ersten innerislamischen Tagung der Initiative Islamische Theologie

17. bis 19. Dezember 2010

*Aysun Yaşar**

1. Die Initiative Islamische Theologie (IIT)

Im April 2010 gründeten vier Islamwissenschaftler/innen im Rahmen eines Strategietreffens die Initiative Islamische Theologie¹. Das Ziel war die Schaffung eines nachhaltigen Forums, in dem sich Muslime – weitgehend Akademikerinnen und Akademiker – zu sowohl öffentlich relevanten als auch innerislamisch kontrovers diskutierten Themen in Deutschland austauschen und eigene Positionen entwickeln. Mit der Gründung der Initiative Islamische Theologie betraten die vier Initiator(inn)en in Deutschland Neuland.

Die Empfehlung des deutschen Wissenschaftsrates zur Etablierung einer islamischen Theologie an deutschen Hochschulen und die kontroversen Folgedebatten boten eine gute Ausgangslage für einen ersten innerislamischen Austausch und wurden Thema der ersten innerislamischen Tagung der IIT. Diese fand in Zusammenarbeit mit dem Standort Frankfurt am Main (Prof. Dr. Ömer Özsoy) vom 17. bis 19. Dezember 2010 in Frankfurt am Main unter dem Titel „Die Einrichtung von islamisch-theologischen Fakultäten. Akteure, Erwartungen und Perspektiven“ statt. Sie diente – wie noch auszuführen sein wird – nicht nur einem inhaltlichen Austausch unter Muslimen, sondern bildete zugleich eine Plattform, auf dem die Anwesenden ihre Erwartungen formulieren und ihren Auftrag an die IIT weitergeben konnten. Gefördert wurde die Tagung von der Gesellschaft zur Förderung der Islamstudien e.V. in Frankfurt am Main.

* Dr. des. Aysun Yaşar ist Gründungsmitglied der Initiative Islamische Theologie

¹ Die Initiative Islamische Theologie bestand zur Zeit der Organisation und Durchführung der ersten Tagung und ihrer Nachbereitung aus Dr. Ayşe Başol (Universität Frankfurt a.M.; Universität München; Eugen-Biser-Stiftung, München), Dr. des. Aysun Yaşar (Universität Bamberg), M. Sait Duran (Universität Münster) und Ufuk Topkara (Universität Berlin).